

Mein Berlin, mein Berlin (III)

Seit meinem letzten Beitrag zum Thema „Berlin“ hat sich eine lebhafte Debatte entwickelt.

Erstens zu der Frage: „Kann das Berlin – Bonn - Gesetz geändert werden, in dem die Teilung der Aufgaben des Bundes festgeschrieben ist?“ und

Zweitens zu der Frage: „Wie können Bund und Länder Berlin bei der Bewältigung seiner finanziellen Probleme unterstützen?“

Zu 1: Am 09. November 2006 forderte der Haushaltsausschuss die Bundesregierung auf, einen Bericht zu erstellen, welche Kosteneinsparungen eine stärkere Konzentration von Bundesministerien in Berlin hätte. Anfang April legte das Bundesinnenministerium den Bericht vor.

1.1 Darin wird festgestellt, dass sich die Zahl der Bundesbediensteten in den Jahren von 2000 bis 2006 zugunsten Berlins verschoben hat, dass aber immer noch mehr Mitarbeiter der Bundesministerien in Bonn arbeiten als in Berlin. (Berlin +1100 auf 8500; Bonn -2100 auf 9100).

1.2 Mit dem Berlin – Bonn – Gesetz sei es durchaus vereinbar, wenn zukünftig mehr Leitungsaufgaben in Berlin erledigt und dafür reine Verwaltungsarbeiten nach Bonn verlagert würden. Damit könnte ein Teil der jetzt noch nötigen 66.000 (!) jährlichen Dienstreisen vermieden werden!

Das wäre schon ein wichtiger Schritt zur Einsparung von Geld! In der Berliner Morgenpost vom 23.04.07 wird der Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Erich Stather, so zitiert:

„Ich kann ein Drittel meiner Arbeitszeit nicht nutzen, weil ich unterwegs bin.“ Die Konzentration der Regierung in Berlin könnte also für alle „Reisenden“ auch eine große Zeitersparnis bringen.

1.3 Die Teilung der Aufgaben sei nun einmal Ziel des in dem Gesetz festgeschriebenen Kompromisses.

1.4 Wenn alle Bundesministerien in Berlin angesiedelt werden sollten, wäre ein entsprechendes Gesetz erforderlich. Und warum sollte das nicht möglich sein?

Liebe Leser,

unser Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 beschlossen. Bis zum 28. August 2006 wurde es 52 mal geändert. Jedes Mal war eine qualifizierte Mehrheit erforderlich! Und da sollte es der ganz Großen Koalition nicht möglich sein, das Berlin – Bonn – Gesetz mit einfacher Mehrheit zu ändern?

Sachsens Ministerpräsident, Georg Milbradt, hat sich jetzt deutlich für Berlin ausgesprochen. Er bezeichnete die Aufteilung zwischen Bonn und Berlin als „wirklich nicht vertretbar“. (Tagesspiegel v. 26.04.07).

Zu zweitens: Auch in der Frage einer Verbesserung der finanziellen Lage Berlins scheint es Bewegung zu geben:

In seiner „Hauptstadt-Rede“ schlug der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger (CDU), am 30. März 2007 vor, Berlin beim Abbau seiner Schulden zu helfen. Oettinger leitet zusammen mit Peter Struck, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, die Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung: als Voraussetzung wurde gefordert, einen Haushaltsplan aufzustellen, der ohne neue Schulden auskommt. Dass will Berlin schon im Jahre 2009 erreichen. (Tagesspiegel v. 12.05.07).

In der Begründung für seinen Vorschlag erkannte Oettinger an, dass Baden-Württemberg in besonderem Maße vom Wegzug der Firmen wie Siemens aus Berlin profitiert habe.
(Tagesspiegel v. 31.03.07).

Wie schnell sich die veröffentlichte Meinung ändern kann, zeigt das folgende Beispiel:

Vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 19. Oktober 2006 zur Frage der finanziellen Entlastung Berlins wurde in den alten Bundesländern u. a. kritisiert, dass Berlin für das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung keine Elternbeiträge mehr erheben will. Plötzlich wollen alle Krippenplätze, sehen die Politiker in den alten Bundesländern, dass sie in einem wichtigen Teil der sozialen Vorsorge Nachholbedarf haben – und Berlin keine Steuergelder verschwendet. Wer hätte vor 6 Monaten mit einer derartigen Entwicklung gerechnet?

Das lässt doch hoffen, dass es auch in den „Berlin-Fragen“ bald noch mehr Bewegung gibt.

Detlef Schuster
Kreisvorsitzender